

# Riesener Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gesetz Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolllamts Meißen.

Postkonto: Dresden 128.  
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 221.

Dienstag, 22. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabeabendes bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewähre für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Druckerschriftzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: L. S. F. Zeißler. Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Das Verhandlungsangebot der Tschechoslowakei.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Der Schritt des Berliner tschechoslowakischen Gesandten bei der Reichsregierung, durch den Deutschland aufgefordert wird, mit der Tschechoslowakei ein Schiedsgerichtsabkommen abzuschließen, hat in Berlin durchaus keine Überraschung hervorgerufen. Vielmehr war man deutscherseits von vornherein der Ansicht, daß die Regierungen der östlichen Mächte von sich aus die Initiative ergreifen müssen, wenn sie ein Interesse daran haben, mit Deutschland zu irgend welchen Vereinbarungen zu gelangen. Die Tschechoslowakei hat sich jetzt endlich dieser Erkenntnis gebogen und ist direkt an Deutschland herangetreten, während sie bisher gemeinsam mit Polen immer wieder ihren Einfluß in London und Paris geltend zu machen suchte, um auf dem Umwege über die Entente-Mächte an den Sicherheitsabkommen beteiligt werden zu können. Das ein solches Vorgehen in Deutschland eine Atmosphäre des schärftsten Mißtrauens schaffen würde, war ganz selbstverständlich, so daß sich die östlichen Mächte nicht wundern dürfen, wenn die deutsche Regierung es verhindert hat, daß die alliierten Regierungen Polen und die Tschechoslowakei von sich aus zu den Sicherheitsverträgen hinzutreten. Jetzt, wo die Prager Regierung den ersten Schritt dazu getan hat, um mit Deutschland zu direkten Verhandlungen zu kommen, bestätigt sich auch die Richtigkeit der deutschen Politik, die an dem Prinzip festhält, daß der Sicherheitspakt lediglich eine Angelegenheit der Weltmächte ist und daß die Weltmächte sich an Deutschland zu wenden haben, wenn sie mit ihm ebenfalls zu Garantienabmachungen gelangen wollen. Man kann nunmehr mit einigem Interesse der künftigen Haltung Polens entgegensehen, das bis heute noch nicht den Entschluß gefaßt hat, an Deutschland heranzutreten. Früher oder später wird sich jedoch die polnische Regierung doch noch dazu entschließen müssen, dem Beispiel der Tschechoslowakei zu folgen und ebenfalls ein Verhandlungsangebot an Deutschland zu richten.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš hat als geschickter Diplomat seine Aktion mit einer solchen Bescheidenheit eingeleitet, daß die Frage der Schiedsgerichtsverträge dadurch sofort einen akuten Charakter gewinnt. Man hat in den Berliner diplomatischen Kreisen den Eindruck, Dr. Beneš gehe diesmal in vollem Einverständnis mit der französischen Regierung vor, die ihm durch Briand einen deutschen Vink gegeben hat. Sehr auffallend ist beispielsweise die Tatsache, daß der tschechische Schritt noch vor dem deutschen Ministerrat erfolgt ist und dadurch die Reichsregierung gezwungen wird, schon jetzt, wo man über die alliierte Einladung berät, hierzu Stellung zu nehmen und das tschechische Angebot mit der bevorstehenden Sicherheitskonferenz in Zusammenhang zu bringen. Immerhin wird man sich deutscherseits auf den Standpunkt stellen, daß ein deutsch-tschechischer Schiedsvertrag erst nach der Sicherheitskonferenz abgeschlossen werden kann. Bei der Erörterung des Sicherheitspaktes werde man zu einem Ergebnis über den allgemeinen Charakter der Schiedsverträge gelangen, so daß es unwahrscheinlich sei, daß dieser Punkt den Wünschen der Tschechoslowakei Rechnung zu tragen. Das Prager Außenministerium werde sich demnach gebunden fühlen, bis die Angelegenheit zwischen den beiden Mächten spruchreif geworden ist und es werde ihr kaum gelingen, durch ihr Verhandlungsangebot an die Reichsregierung den Gang der Sicherheitsverträge irgendwie entscheidend zu beeinflussen. Nach unseren Informationen dürfte die Reichsregierung schon in kürzester Frist Gelegenheit nehmen, auf das tschechische Angebot zu antworten und den deutschen Standpunkt darzulegen, der in der Frage der Schiedsverträge schon durch frühere Abmachungen mit anderen Staaten hinreichend geklärt sein dürfte.

## Die Aufnahme des

## Berliner tschechischen Schrittes in Warschau.

Die in Berlin abgegebenen Erklärungen der tschechoslowakischen Regierung über die Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschland haben nach einer Meldung der Wossischen Zig. aus Warschau dort sehr überrascht. Die das Blatt meldet, wird sich die polnische Regierung nicht dazu entschließen können, einen Parallelschritt zu unternehmen, da das polnische Außenministerium davon überzeugt sei, daß Polen im weiteren Verlaufe der Sicherheitsverhandlungen hinzugezogen werde. Auf jeden Fall werde Polen, sobald sich eine Hoffnung auf eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilnahme an der Sicherheitspaktkonferenz nicht erfüllt habe, die Ansicht zu haben, nur im Rahmen dieser Konferenz oder in unmittelbarem Anschluß daran über einen deutsch-polnischen Sicherheitspakt zu verhandeln.

## Die Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinetts trat gestern nachmittag zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, an der alle Reichsminister mit Ausnahme des direkt abwesenden Reichsaußenministers teilnahmen. Ministerialdirektor Dr. Gaus erstattete ausführlichen Bericht über die Londoner Besprechungen, wozu sich nach einem Verbot des Reichsaußenministers eine Aussprache über die weiteren mit dem Sicherheitspakt in Zusammenhang stehenden Fragen schloß. Die Beratungen des Kabinetts werden morgen fortgesetzt werden.

## Kurze Verzögerung der deutschen Antwort.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die deutsche Antwort auf die Einladung der alliierten Regierungen wahrscheinlich nur um zwei Tage verzögert werden. Die gegenwärtig im Gange befindlichen Verhandlungen des Reichskabinetts haben ergeben, daß die Reichsregierung vor der endgültigen Festlegung der deutschen Antwort noch den Standpunkt der beteiligten Parteien, insbesondere der deutschnationalen prüfen muß. Reichskanzler Dr. Luthar hat daher die Parteiführer ersucht, daß sie am Mittwoch in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages durch ihre Vertreter verbindende Erklärungen über ihre Auffassung abgeben. Man erwartet, daß das Reichskabinetts unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg am Mittwoch seine endgültigen Beschlüsse fassen wird.

## Auseinandersetzungen unter den Deutschnationalen.

Von parlamentarischer Seite erfahren wir, daß es bei den Verehrern der deutschnationalen Führer, die am Montag begannen haben, zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen über die Haltung der Partei zur Sicherheitspolitik gekommen ist. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Teilnahme Deutschlands an der Sicherheitskonferenz gingen teilweise ziemlich stark auseinander. Immerhin ist es gelungen, die Stellungnahme der deutschnationalen Vorstände auf eine Resolution festzulegen, die unverzüglich dem Reichskanzler Dr. Luthar übermittelt worden ist.

## Macht geht vor Recht.

In einer Zeit, in welcher das Weien des Völkerbundes und die Stellungnahme Deutschlands zu diesem Versailles Instrument im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des Meinungsstreites stehen, hält es die Generalkonferenz für nötig, in schriftlicher Form, nur notwendig durch formale und innerlich brücker Rechtsmittel gestützt, vor aller Welt den Beweis zu führen, daß es nicht nach sachlichen Beweggründen, sondern lediglich nach politischen Gesichtspunkten seine Entscheidungen treffen kann. Die sogenannte Brieffaltnetze in Danzig, die durchaus nicht nur den etwas lächerlichen Belegcharakter eines großen Kampfes um kleine Gegenstände hat, sondern die grundtätlich das Weien der Souveränität dieses deutschen Stadtstaates und somit die Grundlagen der polnisch-Danziger Beziehungen überhaupt bedroht, ist ungenügend Danzigs entschieden worden. Gleichzeitig ist die ebenfalls sachlich in keiner Weise gerechtfertigte Errichtung eines polnischen Munitionslagers mitten im Danziger Hafengebiet bestätigt worden. Beschlüsse der Weie heimlich, unter dem Deckmantel der Nacht, wurden in Danzig die polnischen Briefkästen in Danzig angebracht. Nun entwickelte sich ein eigenartiges Spiel. Danzigs Beschwerde an den Völkerbund wurde dem Haager Gerichtshof übergeben, der ein etwas salomonisches Urteil fällte, indem er dem Völkerbund die Entscheidung überließ, wie weit die Hafenzölle, innerhalb deren die Briefkästen angebracht werden dürfen, reichie. Der Völkerbund hat nun auf Grundlage eines Kommissionsberichts die Entscheidung getroffen, daß so gut wie ganz Danzig zum Hafen gehöre. Ganz drei Briefkästen müssen die Polen abfahren. Vergeblich war der Hinweis des Senatspräsidenten Sahm, daß die Gutachtenkommission auf jede juristische Begründung verzichtet habe und sich zuletzt in Warschau und Genf orientiert habe, ohne Danzig nochmals zu hören. Obwohl also keineswegs die Völkerbundskommission sich unvoreilhaftig auf Seiten Danzigs gestellt haben, obwohl ein einstimmiger Beschluß des Danziger Volkstages vorliegt, hat man „politisch“ nicht rechtlich entschieden. In Danzig hat dieser Beschluß naturgemäß große Entrüstung hervorgerufen.

## Danzig und die Entscheidung des Völkerbundsrats über den Postkonflikt.

(Danzig. In einem Leitartikel der Sonnabendausgabe der „Danziger Zeitung“, betitelt „Der Geister Rührer“, der zu der Völkerbundsentcheidung über den Danzig-polnischen Postkonflikt Stellung nimmt, heißt es u. a.: „Die ganze Verhandlung vor dem Völkerbundsrat war lediglich eine Komödie. Der Völkerbundsrat hat wie ein Richter gehandelt, der einen Angeklagten verurteilt, ohne ihn zu hören. Er hat freilich den Vertreter der freien Stadt Danzig reden lassen, aber er hat nicht auf ihn gehört. Die Sachverständigenkommission hat den Rechtspruch „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede“ verlegt, indem sie vor der Abgabe ihres Gutachtens nicht in jeder Phase beide Teile gleichmäßig gehört hat. Präsident Sahm hat in seiner vorzüglichsten sachlichen Rechtfertigung des Danziger Standpunktes auf den Widerspruch des Gutachtens zur Entscheidung des Haager Schiedsgerichts und auch auf die Denonstrierung des eigenen Oberkommissars des Völkerbundes in der Postfrage hingewiesen. Sahm hat zu tauben Ohren gesprochen. Gerechtigkeit und nicht als Gerechtigkeit hat er für die freie Stadt Danzig verlangt, als er die nochmalige Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofes gefordert hat, um eine gerechte Abgrenzung des polnischen Postbezirkbezugs zu erwirken, aber die Richter hatten es eilig. Lord Robert Cecil erklärte das für einen zwecklosen Zeitverlust. Das Urteil war ja gefällt, wozu noch reden? Der Völkerbund soll sich nicht belangen, wenn der Glaube der Danziger Bevölkerung an seine Unparteilichkeit aufs tiefste erschüttert wird. Polen erstreckt bestimmte politische Ziele in Danzig. Es ist weniger ihm ein Vorwurf daraus zu

machen, daß es sie konsequent verfolgt, als dem Völkerbunde, der sie wider Recht und Verträge begünstigt. In Würde und Unerblichkeit muß die Danziger Bevölkerung mit ihrer Regierung dafür einsehen, daß die unerträgliche Entscheidung des Völkerbundsrates doch eines Tages noch einer Nachprüfung und Berichtigung unterzogen wird.

## Reparationsleistungen der Reichsbahn.

Berlin. Der Generalagent für Reparationsabklärungen teilt folgendes mit: Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat heute als erste Rate auf den Teil des Beförderungsteuerertrages, der auf die Annuität im 2. Jahre des Sachverständigenplanes im Namen der Reichsregierung zu entrichten ist, den Betrag von 25 010 776,15 Goldmark bezahlt. Die vom Beförderungsteuerertrag im 2. Jahre fällige Gesamtsumme beträgt 250 Millionen Goldmark, deren Zahlung gemäß der von dem Generalagenten mit der Reichsregierung und der Reichsbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vereinbarung grundsätzlich in Raten von je einem Monat erfolgen soll.

## Abreise des japanischen Botschafters.

Der japanische Botschafter K. Honda hat Berlin am Montag, den 21. September abends mit dem Expreßzug Berlin-Basel verlassen. Er begibt sich über die Schweiz und Italien nach Japan, wo er einen kurzen Urlaub zuzubringen beabsichtigt. Seine Rückkehr nach Berlin ist im Laufe des nächsten März oder April zu erwarten.

Vor der Botschafter den Zug betrat, äußerte er noch mehrmals eine dankbare Anerkennung und lebhaften Freude über die herzliche Aufnahme, welche die japanischen Botschafter in Deutschland gefunden haben. Als Vater guten Willens und der Freundschaft des japanischen Volkes seien diese Botschafter hergekommen und der Besuch hätte sich als ein vollkommenes Ereignis erwiesen. Er glaube und hoffe zuversichtlich, daß dieses Ereignis einen Markstein in den Beziehungen zwischen den beiden Völkern bilden werde und ganz besonders glücklich sei er bei dem Gedanken, daß es ihm persönlich vergönnt sei, als erster Japaner den ersten Eindruck der glanzvollen Festtage, die wir heute in Berlin vorankraft hätten, in der ferne Heimat zu bringen und seiner Landsleuten zu übermitteln.

Der Kerosolend teilt mit: Die Nachtflieger, welche ursprünglich schon Berlin verlassen wollten, haben ihren Start nach Paris auf Donnerstag verschoben. Vorgehen abend begaben sie sich unter Führung des Hauptmannes Ade nach Stankon, um den Nachtflugbetrieb des Kerosolend kennen zu lernen und folgen dann mit einem Vorkaufzug dieser Gesellschaft nach Hamburg.

## Kein deutsch-japanischer Zollkrieg.

Die deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen befinden sich immer noch an dem toten Punkt. Bisher hat sich keine Möglichkeit ergeben, die Verhandlungen wieder aufzunehmen oder einen vorläufigen Modusvivendi zu schaffen. Wie wir hören, besteht jedoch keinerlei Gefahr eines Zollkrieges mit Spanien, da mit dem Ablauf des deutsch-spanischen Vertrages am 15. Oktober lediglich der vertraglose Zustand eintritt, wie er zurzeit noch immer mit Frankreich besteht. Bei diesem vertragslosen Zustand kommen auf beiden Seiten die autonomen Zollfälle zur Anwendung, so daß dadurch keine weiteren Konsequenzen gegeben sind.

## Vom Marokkokrieg.

Madrid. Der amtliche Bericht über die Lage in Marokko lautet: Die Ausladung spanischer Truppen in der Gegend von Cecebillia wird fortgesetzt. Man meldet zahlreiche Unterwerfungen von Rifleuten sowohl in der Oranie als in der Westzone.

## Kongreß des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften.

Luzern. In der Schlussitzung des dritten Kongresses des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften wurde für die Aufnahme neuer Mitglieder der Grundlagenaufstellung, daß die Wahl der Organisationsform der Gewerkschaften Angelegenheit eines Landes selbst sei. Voraussetzung für die Aufnahme der Organisationsform der Gewerkschaften des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften anerkennen. Die Aufnahme zweier Landeszentralen aus dem gleichen Lande erfolge, sofern diese selbst im Lande nicht getrennt seien, sondern eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Diesem Grundlag entsprach werden in der Schweiz zwischen der christlich-sozialen Gewerkschaft und dem Verband evangelischer Arbeiter und Angestellten neue Verhandlungen eingeleitet, um eine Verknüpfung herbeizuführen und damit die Aufnahme des evangelischen Verbandes in den Internationalen Bund christlicher Gewerkschaften zu ermöglichen. Die Wahl ergab die Bestätigung der bisherigen Mitglieder mit Jole Scherrer-St. Gallen als Präsidenten. Neu in den Vorstand wurden gewählt: für Deutschland Ammann, Burchmann und Kurtzweil, für Italien anstelle von Valenter Granuzzi, für Jugoslawien Postinear. Der Schlussakt wurde von der deutsche Arbeitsminister Braun bei.